„Österreich neu starten. Die Gerechtigkeitsoffensive“

Die Coronakrise hat die Welt verändert. Mehr denn je offenbart die Krise die Stärke von Solidarität und die Schwäche neoliberaler Systeme. Wo das öffentliche Gesundheitssystem systematisch ausgehungert wurde, wie in Großbritannien, oder es nur sehr wenige Intensivbetten gibt, wie in Italien und Spanien, hat die Pandemie besonders vielen Menschen ihr Leben gekostet. In allen Ländern hat die Coronakrise zudem klar gezeigt: Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Gesellschaft am Laufen halten.

Die Regierung hat in der Krise – zurecht – massiv Geld in die Hand genommen. Entscheidend sind auch die Maßnahmen, die nach dem Abklingen der Krise folgen werden. Die AK hat einen Plan für den Neustart. Das Ziel dabei lautet: die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen, sinnvolle Beschäftigung schaffen und unseren Sozialstaat stärken. Auch die Frage, wer die Kosten trägt, verlangt nach einer Antwort. „Gerechtigkeit hat keinen Termin im Kalender, den man einfach verschieben kann. Ich fordere im Steuersystem eine Gerechtigkeitsoffensive. Und deshalb müssen auch Millionäre endlich ihren Beitrag leisten“, sagt AK-Präsidentin Renate Anderl.

Die AK-Initiative „Österreich neu starten. Die Gerechtigkeitsoffensive“ umfasst folgende Schwerpunkte. So kann der Weg aus der Krise gelingen.

Offensive für Arbeitsplätze

1,3 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit. Das Einkommen ist verringert, aber die Existenz ist gesichert und der Arbeitsplatz erhalten dank des Kurzarbeitsmodells, das ÖGB und AK ausgehandelt haben. Mehr als eine halbe Million Menschen stehen in der aktuellen Situation ganz ohne Job da – um über 200.000 Personen mehr als vor Ausbruch der Krise. Ziel muss es sein, die Arbeitslosigkeit auf das Niveau vor der Coronakrise zu senken. Ältere Arbeit Suchende haben es besonders schwer – eine Verpflichtung von krisenunterstützten Unternehmen, ihre vormaligen älteren Beschäftigten bevorzugt einzustellen, wenn die Aufträge wieder anlaufen, könnte hier hilfreich sein. Eine Corona Weiterbildungsoffensive soll Beschäftigte aus besonders betroffenen Branchen wie dem Tourismus die berufliche Umschulung ermöglichen. Für langzeitarbeitslose Menschen braucht es fair entlohnte gemeinnützige Tätigkeiten. In Bereichen, wo die volle Auslastung nicht so rasch erreicht wird, könnte die weitere Verlängerung der Kurzarbeit gekoppelt werden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit. Junge Menschen, die in der aktuellen Situation keine Lehrstelle finden, müssen einen überbetrieblichen Ausbildungsplatz erhalten.

Gesundheitssystem krisenfest machen

Ob Anwalt oder Bauarbeiter, Managerin oder Pensionistin, unser Gesundheitswesen garantiert allen den gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung. „Sparen am System“ heißt hier Sparen am falschen Platz. Aus der Krise lernen heißt im Gesundheitsbereich mehr Schutzausrüstung und eine sichere Versorgung mit Medikamenten zu gewährleisten sowie eine ausreichende Bettenkapazität sicherzustellen. Um die Pflege nachhaltig zu sichern, ist eine Aufstockung der mobilen Dienste nötig, ebenso mehr Personal in den Pflegeheimen. Die Selbstbehalte im Bereich der Pflege sollen ersetzt werden durch eine zweckgewidmete Erbschaftssteuer.

Die Armutsgefährdung bekämpfen

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe müssen angehoben werden. Angesichts stark steigender Mieten ein Um und Auf in der Armutsbekämpfung ist eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnbaus sowie eine verbesserte Sozialhilfe. Die Hilfsfonds der Regierung müssen allen zugänglich sein, die in Not geraten sind, zum Beispiel auch den geringfügig Beschäftigten. Und nicht zuletzt braucht es rasch einen Mindestlohn von zumindest 1.700 Euro brutto pro Monat.

Investieren zur Abwehr der Klimakrise

Kernstück des Klimainvestitionspakets der AK ist der beschleunigte Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zusätzlich soll die thermische Sanierung von Bundesgebäuden vorangetrieben und auch der Austausch fossiler Heizungen in Privathaushalten gefördert werden. Weiters in dem Paket enthalten sind der Ausbau der Photovoltaik und die Verpflichtung zu besonders kosteneffizienten Maßnahmen beim Wohnbau und bei betrieblichen Gebäuden.

Steuergerechtigkeit

Es gibt keinen Spielraum für Steuergeschenke an die oberen Hunderttausend, es gibt in der Bevölkerung zurecht kein Verständnis für das Steuerdumping innerhalb der EU. Internationale Konzerne wie Amazon oder Google dürfen sich nicht länger aus ihrer Steuerverantwortung stehlen. Auch in Österreich müssen wir die MillionärInnen und MilliardärInnen zur Finanzierung der Kosten der Krise bringen. Eine befristete Vermögensabgabe, die bei Vermögen von über zehn Millionen Euro ansetzt, sowie die befristete Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden und des Spitzensteuersatzes bei Jahreseinkommen über einer Million Euro sollen kurzfristig wirken. Um nachhaltig für eine Reduzierung der Schieflage zu sorgen, sieht der AK Plan für einen Neustart Österreichs das Senken der Steuern auf Arbeitseinkommen sowie die Einführung einer Vermögens- und einer Erbschaftssteuer ab einer Million Euro vor.

„Das sind keine unrealistischen Forderungen, die die Reichen aus unserem Land vertreiben werden. So sind unsere Reichen nicht! Die Reichen in unserem Land wissen sehr wohl, was sie am Sozialstaat haben“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl.

Sozialstaat statt 4. Jacht

In der Coronakrise haben alle gesehen, wie wichtig es ist, dass wir unseren Sozialstaat haben. Beim Bildungs- und Schulwesen, bei Pension, Krankheit, bei Arbeitslosigkeit oder Pflege können wir dank der solidarischen Beiträge vor allem der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Fug und Recht behaupten, in einem der sozialen und sichersten Länder der Welt zu leben. Auch den Reichen in unserem Land nützt der Sozialstaat. „Er ist auf jeden Fall mehr wert als die vierte Jacht. Lassen wir doch endlich auch die Millionäre einen gerechten Beitrag an unseren Sozialstaat leisten – besser heute als morgen“, verlangt AK-Präsidentin Renate Anderl.